SPANDAUER UMSCHAU

Zeitung der Linken Spandau - kostenlos (aber unbezahlbar)

Ausgabe Frühjahr/Sommer 2017

Liebe Spandauerinnen und Spandauer,

wir begrüßen Sie zu einer neuen Ausgabe der Spandauer Umschau, der Bezirkszeitung der Spandauer Linken, und wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Die Redaktion

Zur zurückliegenden Berlinwahl

DIE LINKE. Spandau bedankt sich bei den über 6700 Wählerinnen und Wählern in Spandau, die für DIE LINKE gestimmt haben. Bei den Zweitstimmen zur Abgeordnetenhauswahl erreichte DIE LINKE. Spandau 6,6% (+2,9 Prozentpunkte gegenüber 2011). Auch bei den Erststimmen ist ein deutlicher Zuwachs ersichtlich (6,0%, +1,9 Prozentpunkte).

Zudem zieht DIE LINKE. Spandau erstmals als Fraktion in das Spandauer Rathaus ein. 5.882 Stimmen bedeuten 5,6% und damit ein Zuwachs von +2,5% gegenüber 2011. Damit sind drei Vertreter der Spandauer Linken zukünftig in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten.

Arbeit in der BVV Spandau hat begonnen

Die Arbeit in der BVV hat bereits begonnen. Als Fraktionsvorsitzender der neuen Linksfraktion ist Lars Leschewitz gewählt worden. Die Fraktion hat zudem erste politische Schwerpunktsetzungen für die kommende Legislaturperiode vorgenommen. Besonders der Milieuschutz soll in Spandau etabliert werden, um die steigenden Mieten und die Verdrängung in den Kiezen einzudämmen. Auch wenn der Milieuschutz kein Allheilmittel gegen Verdrängung ist, sollten alle möglichen Mittel ausgeschöpft werden.

Bei der Wahl des Bürgermeisters hat sich die Linksfraktion entschlossen, den bisherigen Amtsinhaber Helmut Kleebank (SPD) zu unterstützen. Die Gespräche mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen waren inhaltlich und persönlich sehr konstruktiv. In den Verhandlungen konnten im Gegenzug zur Wahl des Bürgermeisters linke Kernpunkte deutlich gemacht werden, darunter eine Prüfung

für den bezirklichen Milieuschutz, stärkere Bestrebungen für städtischen Wohnungsbau und –rückkauf, sowie Verbesserungen in der sozialen Infrastruktur des Bezirks: Schulen, Kitas, Flüchtlingsunterkünfte. Die Linksfraktion wird auch unter einem SPD-Bürgermeister darauf achten, die progressiven, sozialen Errungenschaften im Bezirk zu erhalten und auszubauen.

Geringer Widerstand gegen AfD

Die konstituierende Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Spandau wurde wegen des Einzugs der AfD von Protesten zivilgesellschaftlicher, antifaschistischer Initiativen begleitet. Auf der zweiten Sitzung im November hat es AfD-Mann Andreas Otti dann im dritten Wahlgang und mit erpresserischer Manier auf den Stadtratsposten in Spandau geschafft. Die Stimmen gegen ihn wurden immer weniger, hatten ihn anfangs 30 Bezirksverordnete abgelehnt, wurden daraus erst 27 und dann 23 mit 4 Enthaltungen. 28 Bezirksverordnete haben also einer Partei den Boden bereitet, in Spandau mitzuregieren, die unter anderem

- „das Schrumpfen des deutschen Volkes“ beweint

Die beiden Bürgerdeputierten der Linksfraktion in der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung stellen sich vor:

Mein Name ist Manuela Dietzgen, ich bin 52 Jahre alt, Mutter zweier erwachsener Kinder und seit drei Jahren Großmutter.

Ich habe 1985 die Ausbildung zur examinierten Krankenschwester abgeschlossen und arbeite seitdem im ehemaligen Krankenhaus Spandau, jetzt unter dem Namen Vivantes Klinikum Spandau bekannt.

Seit Jahren bin ich aktives Mitglied bei der Gewerkschaft Verdi und dort Mitglied im Kampagnenrat und in der Tarifkommission "Entlastung/Mehr Personal", außerdem bin ich im Standort Vivantes Spandau Vertrauensfrau von Verdi.

Seit 2015 bin ich zusätzlich freiwillige Schöffin beim Jugendgericht Berlin und finde dieses Ehrenamt sehr wichtig und auch sehr spannend.

Ich freue mich sehr auf die konstruktive Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung Spandau , weil ich für unseren Bezirk etwas voran treiben möchte. Gerade das Sozialwesen und das Gesundheitswesen hat viele neue Ideen nötig und braucht engagierte Menschen die etwas bewirken wollen.

Ich hoffe ich kann meinen Beitrag dazu leisten.

Manuela Dietzgen (Ausschuss für Soziales)

Ich wurde von einem Parteimitglied angesprochen, ob ich Interesse habe für die Linke im Ausschuss Migration zu arbeiten. Monika und ich hatten uns während unseres Engagements für die Bewohner der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne kennen und schätzen gelernt.

Als Spandauerin liegt mir die Entwicklung des Bezirks sehr am Herzen. Als Mensch ist mir das Aufwachsen von Kindern unter gesunden Lebens-, Lern- und Wohnverhältnissen das dringlichste Anliegen an die Politik. Mein Ziel ist es, dass die Entscheidungsträger in der Politik den Blick von Kindern auf ihr „Dasein“ als Handlungsmaßstab nehmen, denn wir Erwachsenen gestalten ihr Dasein und ihre Zukunft.

Seit drei Jahren bin ich im Bezirksamt immer wieder Gast der AG Kinderschutz in Spandau und werde ebenso in dem Unterausschuss Asyl des Bezirksamts gehört.

Sowohl die Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte, als auch deren Anrainer, das nahe Umfeld der Kaserne und aller weiteren Flüchtlingseinrichtungen in Spandau stehen vor ungelösten strukturellen und systemischen Problemen. Diese zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen, das ist mein Anliegen für die Arbeit im Ausschuss Integration der BVV Spandau.

Mit lieben Grüßen Birgit Franke (Integrationsausschuss)

- die Nazizeit als „Unglücksjahre“ verharmlost
- mit der Gleichberechtigung die „Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung“ bejammert
- Homosexuelle als „unnormale Minderheit“ bewertet
- Bildung und Kultur zur „Identitätsstiftung“ reglementieren will
- und an den deutschen Grenzen den Schusswaffengebrauch favorisiert

Es wird sich einiges verändern in Spandau. Dieser Kotau vor einer Partei, die offen rechtskonservativ und ausschließlich national agiert, kann als erster Schritt der Duldung und des Mitmachens gewertet werden, weil ein konsequentes Nein für ein bürgerlich-konservatives Bezirksamt nicht in Frage kam.

Klare Grenzen ziehen

Die AfD macht Migranten und Geflüchtete mit rassistischen Vorurteilen und völkischem Nationalismus zu Sündenböcken für gesellschaftliche Missstände. Sie vergiftet das gesellschaftliche Klima, statt Lösungsansätze zu bieten. Sie stellt die Religionsfreiheit von Muslimen in Frage und bedroht damit eine religiöse Minderheit. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir wehren uns gegen die Verharmlosung der AfD und eine Zusammenarbeit mit der Partei.

Anders als die AfD Spandau verlauten lässt, handelt es sich auch bei ihr nicht um eine konservative Partei der Mitte, sondern auch hier zeigen sich die rechten Tendenzen der Bundes- und Landespartei. Für die Partei sitzen Menschen in den BVV-Ausschüssen, die in den sozialen Netzwerken die ausländerfeindlichen Pegida- und Thügida-Bewegungen unterstützen und kein Problem damit haben, wenn Flüchtlinge als „Pack“ bezeichnet werden. Und das alles mit den Stimmen der anderen Parteien…

Die Mitglieder der Linksfraktion werden ihre Entscheidungen im Bezirksparlament immer auf dem Boden des Grundgesetzes und der Verfassung fällen, in denen es unter anderem heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Gemeinsame Initiativen mit der AfD sind da ausgeschlossen.

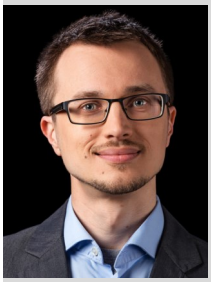
Die Linksfraktion Spandau

Linksfraktion in der BVV Spandau
Raum 1214a
Rathaus Spandau
Carl-Schurz-Straße 2/6
13597 Berlin

Tel. (030) 90279 2224
E-Mail: kontakt@linksfraktion-spandau.de

Öffnungszeiten (weitere Termine nach Vereinbarung)
Montag 16-18 Uhr und Donnerstag 10-12 Uhr

Die Linksfraktion in der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung stellt sich vor:



Lars Leschewitz

Fraktionsvorsitzender

Ausschüsse: Haushalt und Personal, Bauen und Verkehr, Stadtentwicklung, Sport, Wirtschaft, Eingaben und Beschwerden

Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch in Spandau Milieuschutzgebiete ausgewiesen werden. Besonders die Neustadt ist von stark steigenden Mieten und Verdrängung betroffen. Dem muss entgegengewirkt werden. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass in den künftigen Bezirkshaushalten keine Sparmaßnahmen an Sozial– und Freizeiteinrichtungen, aber auch beim Personal im Bezirksamt durchgeführt werden.

Anne-L. Düren

Vorsitzende des Sozialausschusses

Ausschüsse: Bildung und Kultur, Schule und Inklusion, Hochbau und Liegenschaften, Jugendhilfe

„An Spandau fährt man doch nur vorbei!“ sagte mir einmal sehr erstaunt ein „Berliner“ Journalist. Spandau hat sich aber auch sehr gern auf den besonderen Status des älteren Stadtkerns von Berlin berufen und vielleicht in den letzten Jahren zu wenig auf sich hingewiesen. Das sollte sich ändern, damit auch wir als Hauptstädter ernst genommen werden.
Nach 10 Jahren Abstinenz in der Bezirkspolitik möchte ich darauf Einfluss nehmen, dass Spandau positives Vorbild wird – dabei ist für mich die Frage der Bildung immer noch eine der grundlegendsten, denn nur durch selbstbestimmte, wissende Menschen ist eine Gesellschaft demokratisch.

Cotyar Haji

Ausschüsse: Integration, Gesundheit, Umwelt, Bürgerdienste und Ordnung

Als linker Verordneter verfolge ich eine Gemeinwohl orientierte Politik. Alle Grundbedürfnisse wie Wasser- und Stromversorgung, Gesundheitswesen, Bildung etc. gehören uneingeschränkt zu Aufgaben der Kommunen. Aus diesem Grund setze ich mich für die Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen und die Rekommunalisierung der bereits privatisierten Sektoren ein. Die Grundversorgung muss für breite Bevölkerungsschichten, insbesondere für Einkommensschwache wie Hartz-4-Empfänger gesichert werden. Die Gesundheitsversorgung muss flächendeckend und wohnortnahe sicher gestellt werden und mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden. Als Bürger mit Migrationshintergrund setze ich mich dafür ein dass Integration der Migranten in allen Lebensbereichen statt findet und deren Ausgrenzung verhindert wird.

- Gastbeitrag -

Verantwortung Jetzt!

Unter dem Titel „Verantwortung Jetzt!“ haben der Bezirksverband Spandau der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Verband der Antifaschisten (VVN/VdA) und das Spandauer Bündnis gegen Rechts (SBgR) im Jahr 2016 eine Filmreihe mit Gästen durchgeführt, die sich gegen Intoleranz, Ausgrenzung und Demokratievergessenheit richtete.

Insgesamt vier Filme wurden in Zusammenarbeit mit dem „Kino im Kulturhaus“ Spandau gezeigt. Die Bezirksverordnetenversammlung Spandau unterstützte das Vorhaben durch Sondermittel.

Nach den Filmvorführungen gab es mit den jeweiligen Gästen Gelegenheit einen gemeinsamen Austausch zu führen, zu den Fragen, wie das demokratische Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Ausgrenzung Andersdenkender verstärkt werden kann, wie die demokratischen Grundrechte der Verfassung vor den zunehmenden Angriffen durch demokratiefeindliche Kräfte von Rechts verteidigt werden können.

Begonnen wurde die Filmreihe mit dem ersten deutschen Film „Die Mörder sind unter uns“, der 1946 nach der Befreiung vom Faschismus durch die DEFA gedreht wurde.

Der zweite Film „Führer Ex“ ist vom Inhalt in der Gegenwart angesiedelt und erzählt aus dem Leben eines Ex-Neonazis und der Gründung eines Aussteigerprogramms für Neonazis.

Mit dem dritten Film, „Im Labyrinth des Schweigens“, wurde die bundesdeutsche Wirklichkeit der 50er und 60er Jahre beleuchtet. Gegen unterschiedlichste Widerstände und der „Schlussstrich“-Mentalität der Adenauer-Ära wird aufgezeigt, wie die Suche nach den Tätern für deren Verbrechen in den Konzentrationslagern behindert und wie sie geschützt und gedeckt werden. Gegen massive Widerstände in der Justiz und den Geheimdiensten wurde dann doch die Eröffnung des Auschwitz-Prozess im Dezember 1963 durchgesetzt.

Der vierte und letzte Film „Professor Mamlock“ spielt im Zeitraum Januar/Februar 1933 in Deutschland. Hitler war von Hindenburg am 30. Januar zum Reichskanzler ernannt worden. Zu viele Menschen schlossen einen Kompromiss mit den Nazis. Der Arzt Mamlock glaubte die Hinweise auf die Gefahren des Faschismus ignorieren zu können und Widerstand kam für ihn nicht in Frage. Das Zusammentreffen mit den Geschehnissen außerhalb des Krankenhauses und seiner Familie bewirken den Zusammenbruch seiner Welt.

Als Gäste und Gesprächspartner waren entsprechend der Reihenfolge der Filmveranstaltungen:

Jörg Kuhle, seit 1964 Mitglied der VVN/VdA. Seine Eltern waren im antifaschistischen Widerstandskampf und wurden 1937 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Sein Vater wurde zu Zuchthaus verurteilt und 1943 zum Strafbataillon eingezogen. Aus Hitlers Krieg ist er nicht zurückgekehrt.

Klaus Baltruschat, ein Spandauer, der 1950 in die DDR übersiedelte und dort seine politische Heimat fand. Jahrelang führte er am östlichen Stadtrand „Marzahns kleinen Buchladen“. Dort wurde er von einem Rechtsterroristen am 19. Februar 1997 überfallen, niedergeschossen und schwer verletzt. Sein weiteres demokratisches, antifaschistisches Engagement blieb dennoch davon unberührt.

Hansi Jochmann, Schauspielerin, die „Im Labyrinth des Schweigens“ mitwirkte, und Petra Pau, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss für die Partei DIE LINKE. Parallelen konnten aufgezeigt werden wie die Geheimdienste in den 50er und 60er Jahre schützend die Hand über die Nazis hielten und heute vergleichbares mit den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ geschieht.

Professor Dr. Wolfgang Benz, ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, konnte aufzeigen, wie zu Beginn der Nazizeit das Ausgrenzen von Menschen aus politischen und religiösen Gründen den Boden bereitet hat für die Verbrechen des deutschen Faschismus. Heute ist der Antisemitismus gesellschaftlich geächtet. Aber heute ist die Diskriminierung anderer Bevölkerungsgruppen, vor allem Muslime, wieder gesellschaftlich salonfähig gemacht worden. Geholfen haben dabei die rassistischen Thesen von Thilo Sarrazin und anderen. Auf diesem vorbereiteten Boden konnte sich die AfD mit ihrer rassistischen und menschenfeindlichen Politik etablieren!

Die VVN/VdA und das SBgR werden auch im kommenden Jahr ihre Aktivitäten fortsetzen, mit den Bürgerinnen und Bürgern Spandaus und dabei insbesondere mit der jüngeren Generation ins Gespräch zu kommen. Dabei sollen weiterhin solche Formen wie die „Filmreihe mit Gästen“ als Beispiel für zukünftige Veranstaltungen mit dem „Kino im Kulturhaus“ im Bezirk Spandau stehen.

Bezirksgruppe Spandau der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Verband der Antifaschisten“ und das „Spandauer Bündnis gegen Rechts“

Bildung – ein Menschenrecht

Bildung, was ist das? Lebenslanges Lernen, wie es der moderne Arbeitsmarkt von uns verlangt? Wissensansammlung unseres Verstandes? Die Bildung von Fähigkeiten, die wir zum Überleben benötigen? In erster Linie ist es für uns der Umgang einer Gesellschaft mit den zu Bildenden.

Schauen wir uns dann die Gesellschaft, in der wir leben, genauer an, stellen wir schnell fest, dass es neben den reglementierenden Rahmenbedingungen trotz etlicher „Reformen“ der letzten Jahre gravierende Unterschiede zwischen Theorie und Praxis gibt. Der Schulalltag in Berlin zum Beispiel kann nicht halten, was das **Schulgesetz** vollmundig und ernsthaft verspricht:

§ 1 Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewusst sein und ihre Haltung muss bestimmt werden von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker. Dabei sollen die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung zum Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden.

http://www.sartre.cidsnet.de/downloads/schulgesetz.pdf

In der Realität finden wir: Klassengrößen, die vielen Kindern die Entfaltung verwehren, die individuelles Lernen nahezu unmöglich machen und alle Beteiligten überfordern. Lehrer, die desillusioniert oder angespannt sind, die Entwicklung nicht verstehen oder sich ihr nicht öffnen können und auch Lehrer, deren Ambitionen, kindgerechteres Lernen zu ermöglichen, am starren Schulalltag scheitern. Lerninhalte, die von den Überzeugungen der Lehrenden abhängen (besonders in Fächern wie Geschichte – s. o.) Der Erziehungsauftrag einer Gesellschaft muss sich an den Ergebnissen seines Schulsystems messen lassen. Tun wir das zum Beispiel in Berlin, sehen wir, dass die Zahl derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, stetig steigt. (Siehe Tabelle von 2015).

Ohne Schulabschluss gelingt der Start ins Berufsleben so gut wie gar nicht. Die verschiedenen Möglichkeiten, einen Schulabschluss – auch praxisorientiert – nachzuholen, sind nicht immer bekannt und meist ist auch eine generelle (und verständliche) Schulmüdigkeit Ursache dafür, dass sich die jungen Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Helferjobs, in die Rolle, gehorsam und ohne Eigenantrieb die Auflagen der JobCenter zu erfüllen oder ins Nichtstun zurückziehen. Für einige ist der Dienst bei der Bundeswehr die vermeintlich einzige Hoffnung – die Medien sind voll von der Schönrederei dieses Mordgeschäftes. Selbstbewusste Persönlichkeiten gehören in den wenigsten Fällen dazu, wenn sie auf diese Weise die 10-jährige Schulpflicht „erfüllt“ haben.

Solange sich die Bedingungen an den staatlichen Schulen nicht grundlegend und wirklich ändern, solange Lernen und Förderung vom Status des Elternhauses abhängig sind, solange eine Privatschule die einzige Alternative scheint, ist es nicht gelungen, gemeinsames Lernen zur Grundlage der Entwicklung eigenständiger, wacher, selbstbewusster, verantwortungsvoller, kritischer, solidarischer Menschen zu machen. Wer schon in der Schule in funktionierende Ja-Sager und Versager einteilt, wer den Menschen nur nach seiner Verwertbarkeit beurteilt, nimmt Abschied von einem gesunden Staat, der allen Menschen gerecht wird.

Anne-L. Düren

Empfehlungen:

BroschuereSchulenBlick0110018169004.pdf

https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungsstatistik/

Schulabgänger ohne Abschluss,

Zahlen vom 2015 in Prozent:

Bezirk	insgesamt	Jungen	Mädchen	nicht-deutsche Herkunftssprache	deutsche Herkunftssprache
Mitte	19,9	23,3	15,9	23,6	11,5
Friedrichshain-Kreuzberg	11,4	13,4	9,4	15,0	6,7
Pankow	7,4	9,0	5,7	29,0	5,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	6,1	6,2	6,0	12,1	3,5
Spandau	14,3	18,6	10,2	20,3	11,9
Steglitz-Zehlendorf	5,6	6,6	4,6	16,1	4,0
Tempelhof-Schöneberg	7,9	9,6	6,2	13,5	5,3
Neukölln	16,5	20,1	12,7	21,4	9,8
Treptow-Köpenick	7,0	8,0	5,9	22,0	6,2
Marzahn-Hellersdorf	14,7	16,3	13,1	21,8	13,5
Lichtenberg	10,5	12,2	8,6	15,9	9,0
Reinickendorf	10,5	11,5	9,5	17,4	7,7
Berlin insg.	**10,9**	**12,9**	**8,8**	**18,6**	**7,4**

http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/02/schule-ohne-abschluss-berlin-abgaenger-quote.html

Foto: Andrea Brehm

Mein Eintritt in DIE LINKE

Was bewegt immer mehr Menschen, nachweislich insbesondere jüngere Menschen, immer öfter dazu, sich auch klassisch parteipolitisch zu organisieren? Lohnt es sich denn überhaupt in die Partei DIE LINKE einzutreten?

Ich gebe es ehrlich zu: das phantastische Wahlergebnis und natürlich das Wahlprogramm der Spandauer Linken haben mich hinter meiner Gardine hervorgeholt.

Mitmachen wollte ich schon lange, weil mir die brennenden sozialen Fragen „Weg mit Hartz 4!“, „Flächendeckender Mindestlohn von mindestens 12,50 €“, „Wasser ist Allgemeingut“ oder „Thematisierung der Praxis des Spandauer Jobcenters und anderer Berliner Jobcenter und Hartz IV-Beratung“ umtreiben und am Herzen liegen, genau wie „Truppen raus aus Afghanistan“ und „Keine Rente mit 67“.

Dass DIE LINKE so konkret vorbereitet war, hat mich fasziniert und ich bin sofort nach der Wahl eingetreten.

Auch finde ich, dass es politische und personelle Alternativen braucht, mehr Demokratie von unten durchzusetzen.

Im Spandauer Rathaus werden jetzt drei Verordnete für eine soziale Politik sorgen.

Ach ich möchte mitmachen und noch viele andere Menschen davon überzeugen, dass es sich lohnt mitzumachen, weil ich glaube, das es nichts nützt, nichts zu tun.

Ich möchte mit Menschen darüber sprechen, was uns wirklich umtreibt, was wir konkret brauchen und nicht was uns die derzeitigen unsozialen Produktions- und Eigentumsverhältnisse in unserem Land aufdrücken.

Von Arbeit müssen wir wieder leben können, unsere Stadt darf nicht kaputt gespart werden, Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Paare müssen der Ehe gleichgestellt werden.

Teilhabe für alle: Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur und Freude müssen allen Menschen in einer weltweiten Solidargemeinschaft zugänglich sein.

Mit der Linken gemeinsam für eine ehrliche, sozial gerechtere und demokratischere Politik zu streiten - ich glaube: Das lohnt sich.

Andrea Brehm, Rentnerin

Neumitgliedertreffen 2016

Kurz nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus war es wieder soweit. Am 19.11.2016 um 18:00 Uhr fand das Neumitgliedertreffen 2016 statt.

12 neue Mitglieder und viele „alte Hasen“ trafen sich zum Kennenlernen und diskutieren in der Geschäftsstelle der Linken Spandau. Ein Ort für Menschen, die Politik vor Ort selbst gestalten wollen.

Wichtig war uns allen: wie können wir konkret als neue Mitglieder in der Linken mitarbeiten. Ein weiterer Diskussionspunkt war u.a. wie steht es um unsere politische Bildung? Und mit welchen Aktionen können wir im Wahlkampf mit den Bürgern und Bürgerinnen unseres Bezirkes in einen guten Austausch treten, um zu erfahren, was den Menschen unter den Nägeln brennt?

Bei dem Thema „Welche Ressourcen bringen wir jede/r mit, die wir in die Parteiarbeit einbringen können?“ wurde es sehr konstruktiv und natürlich ist es spannend zu hören, das wir „Neuen“ aus allen Teilen der Spandaus und aus den unterschiedlichsten Erfahrungsmilieus stammen – also eine bunte und kraftvolle Mischung sind.

2016 sind besonders viele Menschen in DIE LINKE eingetreten. Die Menschen wollen damit ein Zeichen setzen gegen die rechten Umtriebe, die in der Gesellschaft wieder Überhand zu gewinnen scheinen. Auch DIE LINKE. Spandau verzeichnete überdurchschnittlich viele Neueintritte, gerade nach den erfolgreichen Wahlen im September.

Franziska Leschewitz, Sprecherin der Spandauer LINKEN und verantwortlich für die Mitgliederbetreuung des Bezirksverbandes kommentiert diese Entwicklung:

Hatte das phantastische Wahlergebnis der LINKEN Auswirkungen auf das Eintrittsverhalten in die Partei in Berlin und Spandau?

Das sicherlich. Aber es ist auch so, dass angesichts von rechtspopulistischen und rechtsextremen Entwicklungen in Deutschland und der Welt – Stichworte AfD, Le Pen und auch Trump – mehr Menschen sich für eine soziale Politik sensibilisieren und als Gegenbewegung in linke Parteien eintreten.

Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die Arbeit der Spandauer Linken, insbesondere in Bezug auf das vor uns stehende Wahljahr aus?

Natürlich gibt das Schwung für das Wahljahr. Helfende Hände und neue Ideen sind gerne gesehen. Wichtiger aber ist, dass DIE LINKE. Spandau das Banner für eine soziale, demokratische und tolerante Politik hochhält.

Was bewegt immer mehr Menschen nachweislich insbesondere jüngere Menschen immer öfter dazu, sich auch klassisch parteipolitisch zu organisieren? Lohnt es sich denn überhaupt in die Partei Die Linke einzutreten?

In Deutschland sind immer noch die Parteien Hauptträger der politischen Arbeit, auch wenn Nichtregierungsorganisationen und Verbände immer wichtiger werden. Daher ist ein Parteieintritt, auch wenn es viel Arbeit macht, nicht unwichtig. Und politisches Engagement lohnt sich immer, weil je mehr mitmachen, desto eher verändert sich etwas in der Politik.

Wo kann ich mich informieren, wenn ich selbst in Die Linke eintreten möchte?

Die Geschäftsstelle in der Wilhelmstadt, Pichelsdorfer Str. 138, ist der erste Anlaufpunkt. Ansonsten sind auf der Webseite alle Termine der Partei verlinkt. E-Mail-Anfragen sind natürlich auch jederzeit möglich.

"Freispruch" wegen Bedeutungslosigkeit für die NPD

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Wir bedauern die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das dem Antrag auf Verbot der NPD nicht stattgegeben hat. Die NPD wird dieses Urteil als Bestätigung und Ermutigung begreifen. Sie wird die Kreide, die sie gefressen hat, beiseitelegen angesichts der fremdenfeindlichen Stimmung im Lande. Und diese noch weiter befeuern.

Das Gericht hat praktisch auf Freispruch wegen Bedeutungslosigkeit entschieden. Angesichts der Schwäche der NPD mag man dieser Begründung durchaus folgen. Sie ist aber kurzsichtig: Denn die NPD hat schon manche Krisen in der Vergangenheit überstanden. Es ist nicht auszuschließen, dass sie wieder stärker wird und dass sie mithilfe von Steuergeldern ihre faschistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Netzwerke weiter aufbaut.

Das Urteil fällt aber auch auf die Antragsteller zurück. Ihnen ist es offensichtlich nicht gelungen, das Gericht von der Gefährlichkeit der NPD zu überzeugen. Sie haben ihren Schwerpunkt auf die Ideologie der NPD und weniger auf die politische Praxis gelegt. Das Bundesverfassungsgericht hat sich aber vor allem auf die Praxis bezogen. Hier hätte anders vorgegangen werden müssen. Wer die

schwachen Auftritte der Innenminister Joachim Hermann und Lorenz Caffier vor dem Bundesverfassungsgericht erlebt hat, muss sich nicht wundern. Sie haben schlecht recherchierte Sprechzettel ihrer Landesämter für Verfassungsschutz vorgetragen und sich von Nachfragen der Richter aus dem Konzept bringen lassen. Man kann nicht auf der einen Seite über die Verfassungsschutzberichte der Länder die NPD kleinreden und sich dann wundern, wenn einem das von den Richtern im Verbotsverfahren vorgeworfen wird.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass wir es mit der NPD ohne Zweifel mit einer verfassungsfeindlichen Partei zu tun haben, die die wichtigste bundesweite Organisation der extremen Rechten ist. Es ist die Aufgabe der LINKEN und der zahlreichen befreundeten antifaschistischen Organisationen, den Kampf gegen Rechts entschieden weiter zu führen.

Bernd Riexinger

Karikatur: Klaus Stuttmann

Ständige Termine

DIE LINKE. Spandau:

1. **Mitgliederversammlung**: jeden 2. oder 3. Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin)

2. **Vorstandssitzung**: jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin)

3. **Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit”**: jeden 1. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin)

4. **AK Gewerkschaften**: jeden 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin)

5. **BVV-Fraktionssitzung**: jeden 2. und 4. Montag im Monat um 18.00 Uhr

(Fraktionsbüro, Rathaus Spandau, Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin)

Änderungen vorbehalten. Weitere Infos und aktuelle Termine finden Sie unter: www.die-linke-spandau.de/politik/termine

oder

http://www.die-linke-spandau.de/

Ich möchte mehr Informationen:

O Bitte schicken Sie mir die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau zu.

O Bitte schicken Sie mir Material zum Thema _____ zu.

O Ich möchte Mitglied werden.

Name und Adresse:

_____

_____

E-Mail-Adresse:

_____

Den Zettel abgeben oder schicken an: Geschäftsstelle DIE LINKE. Spandau, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin

Herausgeber DIE LINKE. Bezirksvorstand Berlin-Spandau
Pichelsdorfer Straße 138
13595 Berlin - Spandau
Tel.: (030) 36 43 74 71
Fax: (030) 36 43 74 72
www.die-linke-spandau.de
info@die-linke-spandau.de
fb.com/DieLinkeBerlinSpandau

V.i.S.d.P.: Lars Leschewitz

Redaktionsschluss: 09. Februar 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.